

# Unter Räubern

## Der vergessene Krieg. Zur Lage in Afghanistan, 15 Jahre nach Beginn der US-geführten Militärintervention

Matin Baraki

---

**Vor 15 Jahren, am 7. Oktober 2001, begann im Rahmen der »Operation Enduring Freedom« die US-geführte Militärintervention in Afghanistan. Die USA und ihre Verbündeten verfolgten dabei das Ziel, die seit 1996 herrschende Taliban-Regierung zu stürzen und die Terrororganisation Al-Qaida zu bekämpfen, die für die Anschläge in den USA am 11. September 2001 verantwortlich gemacht wurde. Infolgedessen waren in dem Land am Hindukusch zeitweilig bis zu annähernd 130.000 Soldaten vor allem aus NATO-Staaten stationiert, darunter mehr als 4.500 der Bundeswehr. Die Bundesregierung begründete den Einsatz so: »... die vorläufigen Staatsorgane Afghanistans und ihre Nachfolgeinstitutionen bei der Aufrechterhaltung der Sicherheit in Afghanistan so zu unterstützen, dass sowohl die afghanischen Staatsorgane als auch das Personal der Vereinten Nationen und anderes internationales Zivilpersonal (...) in einem sicheren Umfeld arbeiten konnten«. In diesen Tagen konnten die Taliban in die bis 2014 von der Bundeswehr kontrollierte Stadt Kundus eindringen. Matin Baraki, in der Nähe von Kabul geborener Politikwissenschaftler, der in der Bundesrepublik lehrt, hielt sich im Frühjahr in Afghanistan auf und konnte sich ein Bild davon machen, inwieweit Anspruch und Wirklichkeit auseinanderklaffen. (jW)**

Wer einmal den Weg von der Siedlung Torkham zum 1.070 Meter hoch gelegenen Khaiberpass zurücklegt, erfährt auf dieser Strecke weit mehr über die erbärmlichen Arbeits- und Lebensbedingungen Tausender Erwachsener und Kinder an der afghanisch-pakistanischen Grenze, als er je den entsprechenden Zeitungsberichten entnehmen könnte. Dabei ist es ratsam, vor Reiseantritt einige Dollarscheine für die zahlreichen offiziellen und selbsternannten Kontrolleure auf beiden Seiten der Grenze zurechtzulegen. Glücklicherweise, der damit durchkommt. Hat er jedoch Pech, wird das Kennzeichen notiert und an Wegelagerer weitergegeben. Die stoppen dann an anderer Stelle den Wagen erneut. »Sie brauchen keine Angst zu haben, wir sind Diebe, geben Sie uns Ihre Wertsachen: Geld, Uhren, Handys.« Das mag wiederum als glimpflich abgegangen erscheinen, wenn man weiß, dass in der Region Entführungen und Lösegelderpressungen keine Seltenheit sind. Wer sich hier einigermaßen sicher bewegen will, muss die Kunst beherrschen, nicht aufzufallen.

### Potemkinsche Dörfer

Etwa 3.000 Kinder sind in dieser Gegend um den Grenzort Torkham gezwungen zu schuften, anstatt die Schule zu besuchen. Für ein paar Afghani bzw. pakistanische Rupien schieben sie mit unterschiedlichen Gütern voll beladene Holzkarren über die Grenze und wieder zurück. Afghanische Medien griffen im März dieses Jahres diesen Skandal auf, doch passiert ist seither nichts. Die Regierung in der Hauptstadt Kabul beschäftigt sich seit etlicher Zeit lieber mit sich selbst und streitet um die Verteilung der Posten.

Im Westen macht die Berichterstattung schon seit Jahren Glauben, am Hindukusch entstünden – dies als eine Errungenschaft der vor 15 Jahren begonnenen Operation »Enduring Freedom« – unzählige Schulen. Die US-Entwicklungsbehörde USAID behauptet in einem Werbevideo, dass sie in Afghanistan mehr als 700 Lehranstalten gebaut und damit einen wichtigen Beitrag zur Verbesserung der Bildungssituation im Land geleistet habe. In Wahrheit aber existieren nicht wenige dieser Einrichtungen lediglich auf dem Papier. Selbst das Kabuler Erziehungsministerium musste Ende Februar einräumen, dass es sich bei Hunderten angeblicher Bildungsstätten um Potemkinsche Dörfer handele.

Hinzu kommt, dass die vom Ausland gespendeten Gelder, mit denen der Unterhalt so mancher Schule finanziert werden sollte, in die Taschen korrupter Bürokraten fließt. Ein Schüler der 12. Klasse der am Rande von Kabul gelegenen Hussein-Khel-Oberschule erzählte mir: »Wenn unserer Schule von internationalen Organisationen Hilfsmittel, Lehrmaterial oder Lebensmittel gespendet werden, lässt sich der Direktor das Zeug in seinen Kombi laden und schafft es fort. Wir sehen davon nichts.«

Aschraf Ghani, Staatsoberhaupt Afghanistans, sagte in seiner Rede zum Beginn des neuen Schuljahres am 22. März: »Sie haben einen Lehrer zum Präsidenten gemacht, aber die Situation im Bildungswesen ist außerordentlich schlecht. Bei der Lösung dieser Frage bin ich durchgefallen und muss die Prüfung wiederholen«. Und Mujib Mehrdad, Sprecher des Bildungsministeriums, gestand, dass insgesamt 650 Schulen nicht fertiggestellt, mehr als 700 wegen mangelnder Sicherheit geschlossen seien. Das Bildungsniveau der Schüler wie auch ihrer Lehrer ist sehr niedrig. Über sieben Prozent der letzteren haben nicht einmal Abitur, geschweige denn eine pädagogische Ausbildung. In den staatlichen Schulen herrscht akuter Mangel an Büchern und qualifizierten Lehrkräften. Denn letztere sind nicht bereit, für einen Monatslohn von 5.800 Afghani – das sind etwa 75 Euro, viel zu wenig, um die eigene Familie zu ernähren – dort zu arbeiten. Sie gehen lieber zu den privaten Schulen, wo sie mehr Gehalt bekommen. Wer über genügend Dollar verfügt, schickt seine Kinder in diese Einrichtungen. Seit dem Einmarsch der US-Armee sprießen sie ebenso wie private Hochschulen wie Pilze aus dem Boden und erweisen sich zugleich als Orte der Geldwäsche aus Drogengeschäften.

### **Kopf des toten Kalbes**

Der Kampf um den Kopf des toten Kalbes, wie die Afghanen den Streit um die Aufteilung der Posten zwischen Aschraf Ghani und seinem Kontrahenten Abdullah Abdullah nennen, währt seit mehr als einem Jahr. Abdullah, Chief Executive Officer der Regierung – ein Posten, der infolge des Streits um den Ausgang der Präsidentschaftswahlen vom April 2014 geschaffen worden war –, griff Mitte August mit einer bis dahin ungewohnten Schärfe den Präsidenten an. Der sei ungeeignet, schimpfte er offen vor einer Gruppe junger Besucher im Garten seiner Amtsresidenz. »Der Präsident halte einstündige Monologe und höre seinen Ministern nicht einmal 15 Minuten zu.« Auch er werde ignoriert. Er hätte in drei Monaten nicht einmal ein oder zwei Stunden Zeit für ein Gespräch bekommen, beschwerte sich Abdullah. »Womit verbringt Ihre Hoheit eigentlich Ihre Zeit?«

Allein 25.000 Stellen sind im zivilen wie militärischen Verantwortungsgebiet des Verteidigungsministeriums wegen Interessenkollisionen zwischen den beiden Fraktionen der Regierung in Kabul vakant. Selbst der Posten des Ressortchefs wird seit Jahren lediglich kommissarisch besetzt. Da hektisch versucht wird, die Taliban in die einer Kolonialverwaltung ähnelnden Strukturen in Kabul zu integrieren, ist für das Amt General Abdullah Habibi, während der Herrschaft der Taliban stellvertretender Verteidigungsminister, im Gespräch.

Jedes Regierungsmitglied will möglichst viele Anhänger seines eigenen Clans in dem Ressort plazieren. Viele gut ausgebildete und erfahrene Kommandeure werden jedoch nicht an Stellen eingesetzt, wo sie eigentlich hingehörten. Gefördert werden nur diejenigen Offiziere, die »Beziehungen nach oben« haben. In einem Mitte Februar in der *Süddeutschen Zeitung* veröffentlichten Gespräch brachte Präsident Ghani das Problem auf den Punkt: »Wir haben eine räuberische Elite«. Nur: Seit über zwei Jahren ist er der oberste Chef dieser Räuberbande.

In vielen Gesprächen hört man immer wieder, dass die radikalislamische Taliban-Miliz, die zwischen 1996 und 2001 große Teile Afghanistans beherrschte und nach wie vor eine erhebliche Rolle im Land spielt, im Grunde genommen nicht das eigentliche Problem ist. In erster Linie ist es die vom Ausland protegierte »Elite«, der es um ihre eigene Machtabsicherung und um lukrative Geschäftsinteressen geht. Sie ist größtenteils durch Bestechung, Stimmenkauf und Wahlfälschungen zu ihren Posten gekommen. Dadurch hat sie sich selbst delegitimiert. Zwar ist die Legislaturperiode schon im Juni 2015 abgelaufen, Neuwahlen sind jedoch nicht in Sicht.

Warum auch, fragen sich viele Menschen im Land am Hindukusch. Dieses Parlament ist völlig überflüssig. Bei Wahlen würden wieder Warlords und korrupte Politiker, Ameriko- und Euroafghanen einziehen. »Khanae Melat, Khnae Reschwat wa Khanae Selat ast«, spricht ein Mann im Frühjahr vor laufender Fernsehkamera seine Verachtung aus. Das bedeutet: »Das Haus des Volkes ist das Haus der Korruption und das Haus der Niederträchtigkeit«. »Mit dem Geld, das die Wahlen und spätere Abgeordnetendiäten verschlingen, könnten Schulen und Krankenhäuser errichtet werden«. Niemand müsste dann zur Behandlung nach Pakistan gehen. Es sollten Arbeitsplätze geschaffen werden, um die Jugendlichen nicht in die Migration zu treiben, fordern viele besorgte Afghanen. Ginge alles so weiter, das Land wäre faktisch bald entvölkert. Die jungen und gut ausgebildeten Menschen ziehen weg. Was sollte sie auch angesichts permanenter Gefahren und mangelnder Perspektiven halten? Es bleiben die Armen, die Alten, die Warlords und eine durch und durch korrupte Regierung.

### **Phantasiesoldaten**

Die Lage im Land verschlechtert sich täglich. Die großen Verluste bei den afghanischen Sicherheitskräften wirken auf die Rekruten demoralisierend. Im Jahre 2015 wurden jeden Monat mehr als 500 Soldaten und Polizisten getötet. Statistisch gesehen hat die afghanische Nationalarmee (ANA) im Jahre 2015 jeden Tag 22 Soldaten im Krieg verloren. Das ist eine Steigerung von 42 Prozent gegenüber 2014. Durch die hohe Zahl von Deserteuren, die sich absetzen oder zu den

Regierungsgegnern überlaufen, verliert die ANA jedes Jahr ein Drittel ihrer Soldaten. Die 350.000 Mann starke, von der NATO ausgebildete Kampftruppe existiert nur auf dem Papier. Das Verteidigungsministerium und die regionalen Machthaber kassieren Geld für Soldaten und Polizisten, die es gar nicht gibt.

Der enorme Anstieg der Zahl ziviler Opfer stellt die Legitimation der kriegführenden Mächte und der Regierung in Kabul ernsthaft in Frage. Im April hatten die Vereinten Nationen angegeben, dass im Jahr 2015 3.545 Menschen getötet und 7.457 verletzt worden waren. Gegenüber 2014 war das ein Anstieg von vier Prozent, berichtete Danielle Bell, Chefin der Menschenrechtsabteilung der UN-Mission Unama. Seit 2009 sind 59.000 Zivilisten am Hindukusch getötet oder verletzt geworden. Besonders stark stiegen die Opferzahlen unter Frauen und Kindern. Fast jedes vierte Opfer ist ein Kind, sagte Bell. Das UN-Flüchtlingskommissariat (UNHCR) machte zudem Angaben, wonach bis zum 31. März 2016 über 81.445 neue Binnenflüchtlinge registriert wurden. Und die Taliban haben in Afghanistan zwischen März 2015 und März 2016 insgesamt 9.827 bewaffnete Aktionen durchgeführt. Die dramatischsten waren die Besetzung der Stadt Kundus im Norden und Musaquala in der Provinz Helmand im Süden.

Nach einem ursprünglich geheimen Bericht des Kabuler Innenministeriums haben allein im Jahre 2015 insgesamt 36.000 Polizisten ihren Dienst quittiert. Kein Wunder, werden sie doch sehr schlecht bezahlt. Nicht selten kommt es vor, dass sie, wie die Soldaten, monatelang kein Gehalt bekommen. Wegen ihrer schlechten und zu kurzen Ausbildungszeit von circa acht Wochen sind sie leichte Ziele für radikale Regierungsgegner. Nicht wenige laufen zu den Warlords oder gleich zu den Taliban über, die pünktlich und besser bezahlen. Darüber hinaus sind die Polizisten bei der Bevölkerung sehr unbeliebt, gleichen eher Räuberbanden denn Ordnungskräften.

### **Mord und Zerstörung**

Die hiesigen Medien berichten äußerst selektiv über die Zustände am Hindukusch. Positive Nachrichten erwecken oft den Eindruck, es handle sich eher um Propaganda denn um tatsächliche Informationen. Im Land selbst, in dem etwa 30 Millionen Menschen leben, vernimmt man hingegen täglich Meldungen über Tod, Mord und Zerstörung. *Tolo-TV* berichtete am 27. Februar über das Schicksal zweier Soldaten der ANA, Faiz und Rahmatullah, die von der Taliban geköpft und dann deren Familien übergeben worden waren. Bei einem Selbstmordattentat in der ostafghanischen Provinzhauptstadt Dschalalabad wurden am 2. März vor dem indischen Konsulat drei Menschen getötet und weitere 19 verletzt, darunter auch Konsultsmitarbeiter. Schon Anfang Januar war vor der indischen Vertretung in Kunduz ein Selbstmordattentat verübt worden. Beobachter vermuteten pakistanische Dienste hinter den Ereignissen. Indiens Konsulate in Afghanistan sind Pakistan ein Dorn im Auge. Das Land fühlt sich durch die massive Präsenz und das Engagement des südlichen Nachbarn bedroht.

Am 1. März überfielen die Taliban im Distrikt Dehrau in der nordafghanischen Provinz Uruzgan eine Polizeistation, töteten fünf der dortigen Uniformierten und erbeuteten deren Waffen und Fahrzeuge, wie der örtliche Polizeikommandant bekanntgab. Kritische Beobachter gehen davon aus, dass sie durch den Kommandanten selbst beiseite geschafft worden sein könnten. Es sei nicht das erste Mal, dass den Taliban solche Vorgänge zur Last gelegt würden.

Am 9. März wurde über die Besetzung eines Hochhauses durch die Taliban im Distrikt Gereschk in der Provinz Helmand und über ein Selbstmordattentat in der Nähe des Präsidentenpalastes in Kabul berichtet. Am selben Tag konnte man aus der nordafghanischen Provinz Balkh von über sieben Toten und 19 festgenommenen Taliban hören. Vor der Kamera sprachen diese jedoch nicht Paschtu, sondern einen der Dialekte des Nordens. Daher kann mit ziemlicher Sicherheit davon ausgegangen werden, dass die Gefangenen zu einer konkurrierenden Gruppe des Warlords Mohammad Atta Noor gehören, der die Provinz als Gouverneur kommissarisch führt.

In Fariab haben die Taliban im März 13 Soldaten der afghanischen ANA festgenommen. Ihre Angehörigen demonstrierten daraufhin und verlangten von der Regierung, sich für deren Freilassung einzusetzen, ansonsten würden sie sich selbst verbrennen. Der Sprecher des Verteidigungsministeriums, Dawlat Waziri, begründete vor der Presse seine Hilflosigkeit damit, dass die Taliban die Gefangenen permanent verlegen würden, und es daher für die Sicherheitskräfte der Regierung fast unmöglich sei, deren Spuren zu folgen.

Am 18. März war das Amt für Nationale Sicherheit in Kabul Ziel eines Angriffes, der angeblich verhindert wurde. Bei Berichten über solche Aktionen, vermuten Beobachter vor Ort, handelt es sich meistens um eine Inszenierung, in der Absicht, das ramponierte Ansehen der Sicherheitskräfte aufzupolieren.

### **Internationale Verhandlungen**

Schon 2001 wäre es sinnvoll gewesen, die bewaffnete islamistische Opposition in den Friedensprozess einzubinden. Doch davon wollte damals keiner etwas wissen. Als sich aber herausstellte, dass die Regierungsgegner militärisch nicht zu besiegen sind, haben die Strategen in den westlichen Metropolen die Taliban entdeckt. Sie hätten, im Gegensatz zu Al-Qaida, nur eine nationale Agenda. Man könne sie als Gesprächspartner akzeptieren. Seitdem wird immer wieder versucht, die »gemäßigten« Taliban in die staatlichen Strukturen des Landes zu integrieren. Bisher ohne Erfolg. Seit Anfang 2016 verhandeln die Besatzungsmacht USA, die afghanische und die pakistanische Regierung mit der radikalislamischen Miliz, um zu einer politischen Lösung des Konfliktes zu gelangen. Die VR China ist als vertrauenswürdiger Vermittler von allen Seiten akzeptiert worden. Eine afghanische Parlamentsdelegation führte diesbezüglich Ende Februar Gespräche mit pakistanischen Abgeordneten in Islamabad. Auch Pakistans Ministerpräsident Mohammad Nawaz Sharif empfing die Delegation aus Kabul.

International sind hektische militärische und diplomatische Aktivitäten im Gange. US-Außenminister John Kerry bestellte im Februar den politischen und militärischen Berater des pakistanischen Ministerpräsidenten, Sartaj Aziz, nach Washington ein. Er forderte seinen Gast auf, ernsthaft an der Lösung des Afghanistan-Konfliktes mitzuwirken und versprach ihm dafür die Lieferung von acht F-16-Kampffjets. Bei seiner Washingtonvisite hatte Aziz zum ersten Mal zugegeben, dass sich die Talibanführung in Pakistan aufhält. Sie wird dort einschließlich ihrer Familienangehörigen versorgt. Islamabad werde Einfluss auf sie nehmen. Damit präsentiert sich die pakistanische Diplomatie aus einer Position der Stärke. Khawaja Muhammad Asif, Verteidigungsminister des Landes, sagte, Pakistan werde sich für die Beteiligung der Taliban einsetzen. Frieden in Afghanistan habe »regionale Bedeutung«.

Eine hochrangige Militärdelegation aus China unter der Leitung des Generalstabschefs der Nationalen Volksarmee, Fang Fenghui, besuchte von Ende Februar bis Anfang März 2016 Afghanistan, wo sie in Kabul auch von Präsident Aschraf Ghani empfangen wurde. Und Samir Kabulow, der russische Sonderbeauftragte für Afghanistan und Pakistan, beeilte sich, darauf hinzuweisen, dass es »für die Taliban als Verhandlungspartner nur eine einzige Adresse« gäbe, »nämlich die Regierung in Kabul«. Nach Angaben von *Daily Hewad Peshawar* überreichte der russische Botschafter in Kabul Ghani und dessen Sicherheitsberater als Geschenk 10.000 brandneue Kalaschnikow-Gewehre. Es wird vermutlich nicht allzu lange dauern, bis die ersten für einige hundert Dollars auf dem Basar zu haben sein werden.

Ende März 2016 jedenfalls sollten direkte Friedensverhandlungen mit den Taliban beginnen, passiert ist aber seither nichts. Die Kabuler Regierung verlangt, dass die Taliban die afghanische Verfassung und die Rechte der Frauen anerkennen und ihre Waffen niederlegen. »Wir wollen Frieden, aber wer Krieg will, den werden wir vernichten«, äußerte sich Ghani in einer sehr emotionalen Rede vor Absolventen einer Militärakademie am 7. März. Während Ghani die Taliban aufforderte, die Rechte der Frauen zu respektieren, kommen in »seinem Reich« Frauen regelmäßig durch »Dadgahae Sahrai« (wilde Gerichte) zu Tode. Rokschana wurde 2015 gesteinigt, und Farkhonda in Kabul durch wildgewordene junge Männer brutal getötet, Tabasom geköpft und Resagul die Nase von ihrem eigenen Mann abgeschnitten. Im Jahre 2015 wurden über 5.132 »Khoschunat«, also Gewalttaten gegen Frauen registriert, 180 von ihnen kamen ums Leben. Da nicht alle Fälle angezeigt werden, muss von einer hohen Dunkelziffer ausgegangen werden.

### **Taliban in der Offensive**

John Campbell, bis Anfang März Befehlshaber des »Mission Resolute Support« der NATO hat für den Hindukusch eine »Saison des Krieges« verkündet. Seither wiederholen afghanische Politiker und Warlords wie Papageien den Begriff: »Saison des Krieges« heißt es bei jeder Gelegenheit.

Bei seiner Verabschiedung und der Amtsübergabe an seinen Nachfolger, General John Nicholson, in Kabul am 2. März 2016 hob Campbell in Anwesenheit hochrangiger Politiker, Militärs und sogar des Oberbefehlshabers der pakistanischen Armee, General Rahel Sharif, hervor, dass »Afghanistan ein schweres Jahr vor sich hat«. In einer im Januar 2016 als geheim eingestuften Bilanz des Jahres 2015 wird darauf hingewiesen, dass die ANA trotz milliardenschwerer Finanzhilfen der NATO-Länder kaum einsatzbereit sei. Von 101 Infanterieeinheiten sei nur eine einzige bereit für einen Kampfeinsatz. 38 von ihnen hätten »massive Probleme«. Zehn Bataillone mit je 6.000 Mann, d. h. 60.000 von insgesamt 350.000 Soldaten, sind überhaupt nicht einsatzfähig.

Viele Afghanen sind davon überzeugt, dass die USA den Krieg am Hindukusch am Kochen halten. Am 23. Dezember 2015 berichtete *Tolo-News*, dass US- und britische Hubschrauber IS-Kämpfer in der ostafghanischen Provinz Nangrahar abgesetzt hätten. Daraufhin forderte am 29. Dezember der Warlord Haji Zaher Qadir, der gleichzeitig erster Vizepräsident des afghanischen Parlamentes ist, seine Söldner dazu auf, jede verdächtige Maschine abzuschießen. Moskaus Sondergesandter Samir Kabulow berichtete, dass 10.000 Kämpfer des »Islamischen Staates« in Afghanistan im Einsatz seien. Der Sprecher des afghanischen Innenministeriums, Nadschib Danisch, wollte dies nicht bestätigen, und sein Kollege aus dem

Verteidigungsministerium, Dawlat Waziri, sprach sogar von der Bedeutungslosigkeit des IS am Hindukusch.

Beobachtet man die politische Szene der Region aus der Nähe, wird man den Eindruck nicht los, dass etliche Akteure an einer friedlichen Lösung in und um Afghanistan kein Interesse haben. Die Friedensverhandlungen hatten nicht einmal begonnen, als am 15. März Aschraf Ghani und der NATO-Generalsekretär Jens Stoltenberg auf einer gemeinsamen Pressekonferenz davon sprachen, dass es noch zu früh sei, von ihrem Scheitern zu sprechen. Die NATO-Strategie orientiert darauf, die Taliban zunächst in einer militärischen Offensive zu schwächen und sie dann aus der Position der Stärke an den Verhandlungstisch zu zwingen. Dieses Vorgehen ist weder neu noch besonders erfolgversprechend. Zumindest in den vergangenen Jahren scheiterte es immer wieder kläglich.

Am 25. März töteten die Taliban den stellvertretenden Kommandeur des 205. Armeekorps in der Provinz Kandahar, General Khan Agha, und am 28. März griffen sie das Parlamentsgebäude in Kabul mit Raketen an. Das war das Vorspiel zur bevorstehenden Frühjahrsoffensive, deren Beginn am 12. April um fünf Uhr Ortszeit verkündet wurde. In einer Stellungnahme ihres Führungsrates gaben die Taliban die »Befreiung der dem Feind verbliebenen Gebiete« als Ziel an. Am 19. April brachte ein Selbstmordkommando der Taliban in der Nähe des Präsidentenpalastes, des Verteidigungsministeriums und der US-Botschaft einen Lastwagen mit großen Mengen Sprengstoff unmittelbar vor dem Büro des Geheimdienstes zur Explosion und lieferte sich vier Stunden lang Gefechte mit den Sicherheitskräften. Nach Angaben des Gesundheitsministeriums wurden dabei mehr als 30 Menschen getötet und über 300 weitere verletzt.

Fast vor den Toren Kabuls, in der zentralafghanischen Provinz Ghasni, kontrollieren die Taliban acht Distrikte. Über 30 Distrikte im ganzen Land seien immer noch unter ihrer Kontrolle. Durch den seit zwei Jahren andauernden Verteilungs- und Machtkampf um die Posten sind sowohl die Zentralregierung in Kabul als auch die Staatsorgane in der Peripherie faktisch funktionsunfähig. Von 386 Distrikten des Landes werden 68 kommissarisch geführt. In entfernten Regionen des Landes ist von einer Regierung kaum etwas zu spüren.

Seit dem 9. August rücken die Taliban auf die Provinzhauptstadt Lashkargah im südafghanischen Helmand vor. Sie wollen dort »einen Staat im Staat für sich erkämpfen« und kontrollieren schon fünf von 14 Bezirken vollständig sowie Teile von weiteren sechs. Von Januar bis Ende Juli haben sie 60 Prozent der Provinz unter ihre Kontrolle gebracht, bestätigt der Regierungsvertreter in Helmand, Mohammad Karim Atal. Von dort stammen 90 Prozent des weltweit produzierten Heroins. Auch im Norden des Landes hat die radikalislamische Miliz den strategisch wichtigen Distrikt »Dahne Ghorie« nach tagelangen Gefechten eingenommen, meldeten die Agenturen Reuters und dpa am 14. August. Und Ende August griff ein Talibankommando in Kabul die »Amerikanische Universität« an. In einer zehnstündigen Auseinandersetzung mit den Sicherheitskräften wurden 16 Personen getötet und 39 weitere verletzt. Diese Einrichtung ist eine Kadenschmiede, in der Führungspersonlichkeiten für Wirtschaft und Staat fast ausschließlich durch ausländische Lehrkräfte ausgebildet werden. Nicht nur die Taliban betrachten sie als koloniales Ausbildungszentrum, um am Hindukusch langfristig die Verwaltung im Sinne der Besatzer zu dominieren.

Die »Regierung der nationalen Einheit« zerfleischt sich selbst und ist nicht einmal in der Lage, die Hauptstadt zu sichern, geschweige denn die Provinzen. Die USA bombardieren weiter, und die Taliban sind auf dem Vormarsch. Das ist die Situation in Afghanistan 15 Jahre nach Beginn des »Kriegs gegen den Terror«.

---

<http://www.jungewelt.de/2016/10-06/053.php>